



**AfD Alternative für Deutschland**  
**Karl-Ludwig Kunstein**

Diplom Ökonom  
**Fraktionsvorsitzender**

Cranachstraße 9

D-64711 Erbach

Telefon: 06062 910435

Mobil: 0176 4020 5923

E-Mail: [Karl-Ludwig.Kunstein@afd-hessen.de](mailto:Karl-Ludwig.Kunstein@afd-hessen.de)

[www.afd-odenwald.de](http://www.afd-odenwald.de)

Montag 12.12.2016

AfD Alternative für Deutschland  
Dipl. Ökonom Karl-Ludwig Kunstein  
Cranachstraße 9, D-64711 Erbach i. Odenwald

**Dem Vorsitzenden des Kreistages**  
Herrn Rüdiger Holschuh

Michelstädter Straße 12

**D-64711 Erbach**

Sehr geehrter Herr Holschuh,

hiermit bitten wir Sie höflich, die folgenden Änderungsanträge zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung Pkt. 12 der heutigen Kreistagssitzung zu setzen.

Der Kreistag möge beschließen, den Kreisausschuss zu beauftragen, alle nötigen Schritte einzuleiten, um die folgenden Forderungen umsetzen zu können:

1. Dem Odenwaldkreis sollen zukünftig nur noch formal anerkannte Kriegsflüchtlinge auf Basis des Rechtssystems der Bundesrepublik Deutschland und seinem Grundgesetz zugeführt werden.
2. Unrechtmäßig in den Odenwaldkreis zugezogene und wohnhafte Immigranten, die keine Erfolgsaussichten besitzen, den Status „Kriegsflüchtling“ zu erhalten, sollen umgehend in Ihre Heimatländer zurückgeführt werden.
3. Anerkannten Kriegsflüchtlingen werden lediglich zeitlich begrenzte Leistungsmaßnahmen zugestanden, da sie nach Friedenserstellung ihrer Heimat in ihr Land zurückkehren können.

Begründung:

Im Laufe des Jahres 2015 haben uns im Odenwald „überraschender“ Weise zahlreiche Immigranten erreicht, die von unseren Institutionen und freiwilligen Helfern vor Ort im Odenwald mit beispielhafter Aufopferung und Hilfsbereitschaft bei uns versorgt wurden. Dafür danken wir allen Hilfskräften und zollen diesem Akt großer Hilfsbereitschaft unsere Hochachtung für diese großartige Leistung.

Wir betonen dabei, dass die AfD Fraktion eine Unterstützung von anerkannten Kriegsasylanten ausdrücklich unterstützt. Wir begrüßen die Hilfe von anerkannten Kriegsflüchtlingen im Rahmen der gesetzlichen Ordnung und Möglichkeiten und helfen gerne dabei, es diesen Menschen bei uns gut gehen zu lassen. Wir haben und pflegen selbst persönliche Verbindungen zu Kriegsflüchtlingen und unterstützen deren schutzbedürftige Ersuchen, bei uns Hilfe zu bekommen.

Wie u.a. die Beantwortung unserer Anfragen an die Kreisverwaltung erwarteterweise aber zeigt, sind die Personen, deren Unterbringung im Odenwald in Frage steht, zu ca. 80% keine anerkannten Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention, sondern Immigranten, die zu ca. 60% ohne gültige Papiere (Pass, Visum oder sonstige Aufenthaltstitel nach §4 AufenthG), ohne Erhebung personenbezogener Daten (§7 AsylG) und ohne Erfüllung der Meldepflicht (§22AsylG), auf dem Landweg über Drittländer nach Deutschland gekommen. Die Drittstaatenregelung (Art.16a II) legt fest, niemand, der auf dem Landweg nach Deutschland gelangt sei, dürfe Asyl beanspruchen. So auch das Bundesverfassungsgericht (BVerfGE 94, 49,95). Da gegen diesen Artikel verstoßen und durch die Bundesregierung eine katastrophale Masseninvasion initiiert wurde, sehen wir durch dieses desaströse Ereignis die Ordnung der Bundesrepublik in Zukunft stark gefährdet. Die Kosten belaufen sich für den Odenwaldkreis inzwischen in Millionenhöhe pro Jahr, was zwar den Kreishaushalt nur bedingt belastet, aber im Laufe der Zeit und einer exakten Kostenzuordnung zu einer außerordentlichen Belastung für uns führen kann.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer neuerlichen, bedrohlichen Immigrationswelle aus der Türkei und den afrikanischen Ländern sehen wir uns als Oppositionspartei in der Pflicht, präventive Maßnahmen zu initiieren, die zukünftigen Risiken einer negativen Auswirkung entgegenstehen.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Ludwig Kunstein

AfD Fraktionsvorsitzender